

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Meinungsfreiheit an Hochschulen

Hochschulen sind Orte des Diskurses. Studierende, Lehrende wie auch Außenstehende diskutieren aber weitaus mehr als rein fachwissenschaftliche Fragestellungen. Fernab des „akademischen Elfenbeinturms“ gehört es vielmehr zu den wesentlichen Aufgaben einer Hochschule auf gesellschaftliche Probleme hinzuweisen, Debatten auf breiter Basis darüber anzustoßen und einen Beitrag zur Lösung eben dieser zu leisten. Studierende für solche Aufgaben zu sensibilisieren und vorzubereiten muss neben der Vermittlung einer umfassenden Bildung und der Formung der Persönlichkeit daher der Anspruch eines jeden Studiums sein. Das gemeinsame Diskutieren mit Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kann ein wertvolles Instrument dafür sein, um Zusammenhänge verstehen, kritisch hinterfragen und sich eine eigene Meinung dazu bilden zu können.

Dass es im Rahmen solcher Veranstaltungen zu Kontroversen, vielleicht auch zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten kommen kann, ist dabei ausdrücklich gewünscht. Das Recht gegen einzelne Inhalte und Personen zu protestieren, ist verfassungsrechtlich gesichert. Doch auch bei solchen Protesten hat der sachliche Meinungs austausch stets im Vordergrund zu stehen. Aktionen, wie zuletzt am 5. Dezember 2012 an der Universität geschehen, die einzig auf die Unterbindung eines jeden Dialogs sowie die Einschränkung der Meinungs- und Redefreiheit abzielen, stehen hingegen klar im Widerspruch zum demokratischen Leitbild der Bremer Hochschulen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft zeigt sich bestürzt über die massive Störung und des damit verbundenen Abbruchs einer Lehrveranstaltung an der Universität. Das Recht auf Protest darf nicht dazu missbraucht werden, andere in ihrer Rede- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Die Bürgerschaft bekennt sich ausdrücklich zur Vorreiterrolle der Bremischen Hochschulen als Ort des kontroversen, pluralen und sachlichen Dialogs und wird Aktionen, die allein auf die Unterdrückung anderslautender Meinungen abzielen, entschieden entgegentreten.

Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU